

**URGENT ACTION**

# **REPRODUKTIVE RECHTE SCHÜTZEN!**

## **ARGENTINIEN**

UA-Nr: **UA-163/2020** AI-Index: **AMR 13/3312/2020** Datum: **5. November 2020** – ar

### **MENSCHEN IN ARGENTINIEN**

**Im März 2020 versprach der argentinische Präsident Alberto Fernandez, dem Kongress noch vor Ende des Jahres einen Gesetzentwurf zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen vorzulegen. Am 30. November endet die laufende Sitzungsperiode des Kongresses. Wenn dieses Versprechen bis dahin nicht eingelöst wird, schwinden die Chancen auf eine Verabschiedung der Gesetzesvorlage beträchtlich. Der Präsident muss zu seinem Wort stehen und die Rechte auf Leben, Gesundheit und Selbstbestimmung achten, schützen und gewährleisten, indem er noch vor Ende des Jahres einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringt.**

Im Juni 2018 nahm die Zweite Kammer des argentinischen Kongresses einen Gesetzentwurf zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten 14 Schwangerschaftswochen an. Dies war ein historischer Sieg für die Bewegung zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die in Argentinien rapide anwächst und als Marea Verde (Grüne Welle) bekannt ist. Die Bewegung entstand nach zwei Monaten öffentlicher Demonstrationen und zahlreichen Anhörungen vor dem Parlament.

Die Gesetzesvorlage wurde daraufhin jedoch im Senat mit knapper Mehrheit abgelehnt, trotz enormer Demonstrationen und massiver internationaler Solidarität. Amnesty International hat ihre Mitglieder für die Kampagne mobilisiert und an Regierungsangehörige und einflussreiche Personen weltweit appelliert, sich für den Gesetzentwurf auszusprechen. Unter anderem schaltete die Organisation eine ganzseitige Anzeige in der *New York Times*, um die Senator\_innen aufzufordern, die Gesetzesvorlage anzunehmen.

Die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Argentinien darf nicht länger aufgeschoben werden. Der derzeit eingeschränkte Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist ein ernstes Problem für die öffentliche Gesundheit und führt zu vermeidbaren Todesfällen unter Frauen und Schwangeren, wobei die schutzbedürftigsten Gesellschaftsgruppen in der Regel am stärksten betroffen sind.

Berichten zufolge werden in Argentinien pro Jahr eine halbe Million gesundheitsgefährdende Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Mehr als 3.000 Menschen haben seit 1984 die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen mit dem Leben bezahlt, und jedes Jahr werden 39.000 Frauen wegen Komplikationen, die mit Schwangerschaftsabbrüchen zusammenhängen, ins Krankenhaus eingeliefert.

In den vergangenen 25 Jahren haben mehr als 50 Länder ihre Gesetze geändert, um einen besseren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten, da der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen beim Schutz von Leben und Gesundheit eine wichtige Rolle spielt. Argentinien hat die historische Chance, sichere Schwangerschaftsabbrüche zu ermöglichen und so seinen internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen gerecht zu werden.

### **HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Zahlreiche Menschenrechtsgruppen der Vereinten Nationen haben Argentinien aufgefordert, die sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Hierzu zählt auch die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, um die Rechte auf Leben, Gesundheit, Würde, Privatsphäre und Gewaltfreiheit von Frauen und Schwangeren zu gewährleisten. Die UN-Arbeitsgruppe für die Frage der Diskriminierung von Frauen im Recht und in der Praxis hat in einer Stellungnahme die argentinische Legislative dafür gelobt, dass sie das Thema eingebracht und debattiert

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



hat. Die Stellungnahme unterstreicht die Bedeutung und Dringlichkeit einer besseren Gewährleistung der reproduktiven Rechte und fordert ausdrücklich die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzentwurfs.

Seit den Wahlen im Jahr 2019 hat Argentinien einen neuen Kongress. Gemäß Verfahrensordnung bedeutet dies, dass eine neue Gesetzesvorlage zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen vorgelegt und debattiert werden kann. Präsident Alberto Fernandez hat sich bereits für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ausgesprochen und zugesichert, dem Kongress noch vor Ende dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen zu wollen. Argentinien wäre damit das erste Land in Lateinamerika, in dem der Präsident eine Gesetzesvorlage für die Entkriminalisierung und Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einbringt. Der Prozess hat sich durch die Coronavirus-Pandemie jedoch verzögert und nun wird befürchtet, dass der Gesetzentwurf in diesem Jahr nicht mehr vorgelegt wird. In einem solchen Fall stehen die Chancen für die Gesetzesvorlage schlecht, da im Jahr 2021 Kongresswahlen anstehen und der politische Kontext daher ungünstig ist. Amnesty International fordert Alberto Fernandez deshalb auf, sein Versprechen einzulösen und den Gesetzentwurf noch in der laufenden Sitzungsperiode im Kongress einzubringen.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **E-MAILS, FAXE ODER TWITTER-NACHRICHTEN MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Bitte stehen Sie zu Ihrem Wort und werden Sie den Verpflichtungen Argentiniens gemäß internationalen Menschenrechtsnormen gerecht, nach denen die Rechte auf Leben, Gesundheit und Selbstbestimmung geachtet, geschützt und gewährleistet werden müssen. Tun Sie dies, indem Sie dem Kongress noch vor Ende des Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen, der den universellen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Argentinien vollständig entkriminalisiert und gewährleistet.

**ACHTUNG!** Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN PRÄSIDENT**

Alberto Fernandez  
President of the Republic of Argentina  
Casa Rosada  
Buenos Aires  
ARGENTINIEN

(Anrede: Dear Alberto Fernandez /  
Sehr geehrter Herr Präsident)

#### **E-Mail:**

**documentacionpresidencial@presidencia.gob.ar**

**Twitter: @alferdez**

#### **KOPIEN AN**

#### **BOTSCHAFT DER REPUBLIK ARGENTINIEN**

S. E. Herrn Pedro Raúl Villagra Delgado  
Kleiststraße 23-26  
10787 Berlin

**Fax: 030-229 14 00**

**E-Mail: ealem@mrecic.gov.ar**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **30. November 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- Calling on the president to honour his commitment and meet Argentina's obligations under international human rights law to respect, protect, and fulfil women and girls' rights to life, health and autonomy, by introducing a bill that fully decriminalizes and guarantees universal access to abortion in Argentina to the Congress before the end of 2020.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

